



Das Referat Bürgeranfragen (Ask EP) beantwortet Fragen zur Arbeit, zu den Zuständigkeitsbereichen sowie zum organisatorischen Aufbau des Europäischen Parlaments. Sein Leitgedanke besteht darin, den Bürgerinnen und Bürgern das Parlament und seine Arbeitsweise verständlicher zu machen. Zudem informiert das Referat Bürgeranfragen die Europaabgeordneten und das Parlament darüber, was die Bürgerinnen und Bürger bewegt.

Handelsabkommen EU-USA: Was will das Europäische Parlament?

März 2014

Angesichts der Verhandlungen über ein Handelsabkommen EU-USA haben sich die Bürger an das Europäische Parlament gewandt und transparente Verhandlungen sowie die Sicherung der hohen europäischen Standards beim Verbraucher- und Umweltschutz eingefordert.

Das Europäische Parlament verfolgt den Weg zu einem Transatlantischen Freihandels- und Investitionsabkommen ("Transatlantic Trade and Investment Partnership", TTIP) aufmerksam und kritisch.

Über das Freihandelsabkommen verhandelt seitens der EU die Europäische Kommission. Das Europäische Parlament ist nicht selbst an den Verhandlungen beteiligt, wird aber von der Kommission über ihren Fortgang auf dem Laufenden gehalten. Am Ende der Verhandlungen werden die Europaabgeordneten den Vertragstext prüfen und danach darüber abstimmen. Es ist also noch offen, ob das Parlament dem Abkommen zustimmen wird.

Internationale Handelsabkommen mit Drittstaaten werden übrigens immer von der Europäischen Kommission im Auftrag und im Namen der EU verhandelt, da Handelsfragen in die ausschließliche Zuständigkeit der EU fallen. Die Europäische Kommission wird dabei nur aktiv, wenn die Mitgliedstaaten sie vorher offiziell dazu ermächtigt haben. Es sind auch die Mitgliedstaaten, die festlegen, welche Ziele die Kommission bei den Verhandlungen im Namen der EU erreichen soll.

Reaktion auf die Bedenken der Bürger

Um den Befürchtungen vieler Bürger zu begegnen, hat die EU-Kommission im Januar 2014 erklärt, dass die strengen EU-Verbraucherschutzregeln



© European Union 2014 - EP

nicht zur Disposition stehen. Zudem hat die Kommission entschieden, die Verhandlungen um die Investitionsschutzklauseln im künftigen Freihandelsabkommen auszusetzen und eine öffentliche Konsultation zu diesem Verhandlungskapitel durchzuführen.

Die Forderungen des EU-Parlaments

Das Europaparlament setzt sich dafür ein, dass die hohen europäischen Standards beim Verbraucherschutz, bei den sozialen Rechten, beim Gesundheits-, Umwelt- und Datenschutz in dem Handelsabkommen bewahrt und verbessert werden.

Das Europäische Parlament hat vor Beginn der Verhandlungen in einer Entschließung vom 23. Mai 2013 seine Zustimmung für den Beginn der Handelsgespräche mit den USA gegeben, aber auch europäische Werte und Standards betont, die es in den Gesprächen verteidigt sehen will. So verwies das Parlament zum Beispiel auf das Vorsorgeprinzip der EU, das durch

das Abkommen nicht angetastet werden dürfe. Da ein solches Abkommen auf gegenseitigem Vertrauen basiert, drängt das Parlament zudem darauf, dass das massive Ausspionieren europäischer Bürger durch den US-Geheimdienst NSA unterbunden wird.

Nach einer ausführlichen Untersuchung der Vorgänge mit 15 öffentlichen Anhörungen von Experten hat das Parlament am 12. März 2014 in einer Entschließung zum US-Massenüberwachungsprogramm bekräftigt, dass die Zustimmung des Parlaments zum transatlantischen Freihandelsabkommen "gefährdet sein" könnte, solange die pauschale Massenüberwachung durch die nationale Sicherheitsbehörde der USA nicht völlig eingestellt wird.

Diesen Artikel sowie andere Antworten des EU-Parlaments finden Sie unter: <http://epthinktank.eu/author/epanswers/>

